

AL Info⁴ 25

3 Gemeinderatskandidatin Isa Maiorano spricht im Interview über Jugendhaus, Sans-Papier-Kafi und den feministischen Streik. Und dass für sie Aktivismus und Parlament zusammen gehören.

4 Eine starke öffentliche Grundversorgung für alle – dafür kämpft die AL nicht nur in den Parlamenten. Stadtratskandidatin Tanja Maag setzt Schwerpunkte für eine alternative Gesundheitspolitik.

8 Gastautor Nicola Siegrist, Mitinitiant der Zukunftsinitiative, plädiert für einen ökosozialen Umbau unserer Wirtschaft und dafür, dass die Profiteure für den Schutz der Zukunft zur Kasse gebeten werden.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Wohnen tut not

Wohnen tut not: In der stark wachsenden Stadt Zürich fehlt es an bezahlbaren Wohnungen. Günstige Altbauwohnungen werden leergekündigt und saniert oder abgerissen. Bei Mietwechseln und Neuvermietungen können die Vermieter:innen massive Mieterhöhungen durchsetzen. Zudem werden immer mehr Wohnungen dem lokalen Markt entzogen und zu Horrormieten als Business Apartments und über Airbnb vermarktet.

AL als Taktgeber der Wohnpolitik

Trotz einer rot-grünen Mehrheit und obwohl der zuständige Hochbauvorsteher von der SP gestellt wird, kamen in den beiden letzten Jahrzehnten vom Stadtrat kaum wohnpolitische Impulse. Es war die Alternative Liste, die 2007 bei der Umnutzung grosser Areale einen Mindestanteil preisgünstiger Wohnungen in Kostenmiete verlangte. Als wir 2008 mit dieser Forderung das Referendum gegen die Umzonung des Zollfreilagers ergriffen, scheiterten wir krachend mit nur 22% Nein-Stimmen und wurden – auch aus SP-Kreisen – als Wohnraumverhinderer angeprangert. Und 2010 war es eine Allianz aus Gemeinderät:innen von AL, Grünen und SP, die mit einer Motion und Direktgesprächen mit dem Arealentwickler Losinger-Marazzi auf dem Manegg-Areal («Greencity») einen Mindestanteil von 30 Prozent gemeinnütziger Wohnungen erkämpfte.

Keine Verdichtung ohne preisgünstigen Wohnraum

2016 stimmte die AL-Fraktion gegen die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO), weil sie nicht bereit war, die vorgesehenen Aufzonungen ohne Gegenleistung zu akzeptieren. Diese Linie verfolgen

wir mit der 2024 eingereichten Initiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben» konsequent weiter. Sie verlangt, dass überall dort, wo neu erlaubt wird, dichter und höher zu bauen, die gesamte Mehrausnutzung durch Wohnungen in Kostenmiete realisiert wird – und nicht bloss die Hälfte, wie es der Stadtrat bisher vorsieht. Auch mit dem geplanten Gegenvorschlag zur AL-Initiative will er offenbar nicht von dieser defensiven Position abrücken, um die Investoren nicht zu verärgern. Unsere Botschaft ist klar: Bei der für 2026 geplanten BZO-Revision müssen auch die grossen Investoren einen Beitrag leisten, damit das 2011 beschlossene wohnpolitische Ziel von einem Drittel der Mietwohnungen in Kostenmiete bis 2050 erreicht wird.

Zweitwohnungen: André als Dienstverweigerer

Beim Kampf gegen kommerzielle Kurzzeit-Vermietungen blieb Hochbauvorsteher Odermatt nicht nur untätig, sondern stand aktiv auf der Bremse. Bereits 2010 wurde eine AL-Motion überwiesen, wonach Business Apartments und Airbnb-Nutzungen nicht mehr auf den Wohnanteil angerechnet werden und damit in Wohngebieten verboten sind. Zweimal – 2012 und 2018 – beantragte der Stadtrat jedoch, die Motion ergebnislos abzuschreiben. Nur dank dem hartnäckigen Widerstand der AL-Fraktion wurde 2021 endlich eine Umsetzungsvorlage beschlossen. Zwar ist dagegen eine Beschwerde vor Bundesgericht hängig. Gestützt auf § 234 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) könnte die Baubehörde das beschlossene Verbot trotzdem bereits jetzt vorsorglich geltend machen und seit 2021 erfolgte Zweckentfremdungen stop-

pen (sogenannte «negative Vorwirkung»). Trotz mehrmaliger Aufforderung seitens der AL – zuletzt in einem Offenen Brief von AL-Stadtratskandidatin Tanja Maag – weigert sich der Stadtrat jedoch kategorisch, aktiv zu werden.

30. November: Wichtige Weichenstellung im Kanton

Im Kanton stehen zwei wichtige wohnpolitische Abstimmungen an: im November die von einem Linksbündnis lancierte Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» für ein kommunales Vorkaufsrecht für Wohnliegenschaften und im Juni 2026 die vom Mieterinnen- und Mieterverband lancierte Wohnschutz-Initiative, die Leerkündigungen stoppen und übersetzte Mieterhöhungen bei Renovationen und Ersatzneubauten verhindern will.

Im Kampf gegen die Initiativen greifen die Bürgerlichen zu schäbigen Tricks. Der Vorkaufs-Initiative stellen sie einen Pseudo-Gegenvorschlag für eine Verdoppelung der kantonalen Wohnbausubventionen gegenüber, um die Stimmberechtigten zu zwingen, sich für eine von zwei wichtigen und nötigen wohnpolitischen Massnahmen zu entscheiden. Das Initiativkomitee hat gegen dieses Manöver Beschwerde eingereicht. Und die AL hat mit Erfolg eine Behörden-Initiative des Gemeinderats lanciert, damit über die Erhöhung der Wohnbausubventionen separat abgestimmt werden kann. Unsere Parole heisst klar: JA zur Vorkaufs-Initiative, NEIN zum Gegenvorschlag!

Niklaus Scherr,
Redaktionsmitglied

Parolen 30.11.2025

BUND

Zukunftsinitiative	JA
Service-Citoyen-Initiative	NEIN

KANTON

Krankenversicherungsgesetz	JA
----------------------------	-----------

Digitale Integrität

A. Volksinitiative	JA
B. Gegenvorschlag	JA
C. Stichfrage	Initiative

Mehr bezahlbare Wohnungen

A. Volksinitiative	JA
B. Gegenvorschlag	NEIN
C. Stichfrage	Initiative

Strassengesetz

NEIN

STADT ZÜRICH

Seebahn-Höfe	NEIN
--------------	-------------

Prämienentlastung

FREIGABE

Weitere Parolen auf unserer Website unter **www.al-zh.ch**

Termine

Freitag 24. Oktober 2025, 19.00 Uhr

Auftakt der Wahlkampagne 2026 im Maison Shift, Kasernenareal, Zeughausstrasse 56, 8004 Zürich.

Dienstag 28. Oktober, 19.00 Uhr

AL-Vollversammlung im Gemeinschaftsraum der Hellmi-Siedlung an der Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Amina Arn, Christian Caspar, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
 Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Amina Arn, Christian Caspar

Redaktion Amina Arn, Christian Caspar, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Gemeindeautonomie ade?

Bei der kommenden Abstimmung über das kantonale Strassengesetz, einem Gegenvorschlag zur Mobilitätsinitiative der SVP, ist auf dem Stimmzettel nicht auf den ersten Blick ersichtlich, worum es eigentlich geht: nämlich um eine kantonale Anti-Tempo 30-Initiative gegen die Städte Zürich und Winterthur. Damit soll gezielt der politische Wille der städtischen Stimmbevölkerung ausgehebelt werden, weil auch stadtfürne Einwohner:innen wie jene des beschaulichen Dörfchens Gütighausen über städtische Verkehrspolitik abstimmen können.

Konkret soll Winterthur und Zürich die Zuständigkeit für die Temposignalisation auf Hauptstrassen entzogen und bis «auf Ausnahmefälle» nur noch die Höchstgeschwindigkeit angeordnet werden. Würde die Initiative angenommen, wären sinnvolle Lärmschutzmassnahmen und Temporeduktionen wie die an der Technikumstrasse in Winterthur nicht mehr möglich. Generell würde eine städtische Verkehrsplanung erschwert und bürokratischer, da für jede kleine Tempop Anpassung der Kanton beigezogen werden müsste.

Die Vorlage muss auch in den grösseren Kontext einer zunehmenden bürgerli-

chen Aggression gegen die Städte Zürich und Winterthur gestellt werden. Und es ist längst nicht nur die SVP, die in dieses Horn bläst, sondern auch die sich früher einmal als staatstragend verstehende FDP. Auch sind es mitunter ihre städtischen Parlamentarier:innen, die am lautesten gegen den politischen Willen der eigenen Wohnsitzgemeinden vorgehen.

Diese Entwicklung betrifft nicht nur die Verkehrspolitik: So will die bürgerliche Seite - mit gütiger Hilfe der GLP - mit einer in diesem Jahr eingereichten Motion den Zentrumslastenausgleich angreifen. Und gerade erst kürzlich überwiesen FDP und SVP eine Einzelinitiative, die sich unter dem Vorwand «Keine Steuergelder für Terroristen» gegen die humanitäre Unterstützung des UNRWA (UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge) durch die Stadt Zürich richtet. Da die bürgerliche Seite in den Städten politisch nicht punkten kann, schert sie sich immer weniger um die sonst so hochgelobte Gemeindeautonomie und geht über den Kanton. Umso wichtiger ist es daher, dass am 30. November diese Vorlage versenkt wird!

Manuel Sahli,
AL-Kantonsrat

AL in neuem Look

Was unterscheidet die AL von anderen linken Parteien?

Diese Frage steht im Zentrum eines wichtigen Anliegens: Die Alternative Liste will und soll als eigenständige politische Kraft erkennbar sein – klar unterscheidbar von anderen linken Parteien. Denn obwohl die AL seit Jahrzehnten konsequent linke Politik macht, war dieser Unterschied ausserhalb der Polit-Bubble bislang nicht immer deutlich erkennbar. Der visuelle Auftritt trug dazu bei: Er wirkte sachlich, aber unscheinbar – und zeigte kaum etwas von der Leidenschaft, dem Witz und der politischen Klarheit, mit der in der AL gearbeitet wird. Optisch hob sich die AL bislang kaum von anderen linken Parteien ab – dabei hätte sie allen Grund dazu.

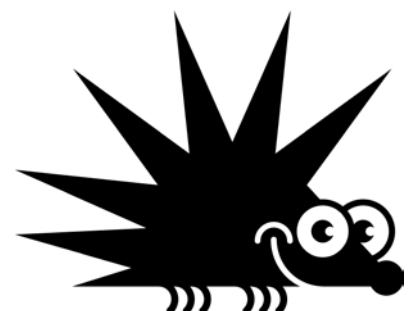
Es wurde also Zeit, dass das Äussere besser widerspiegelt, was die AL im Innern ausmacht. Mit dieser Aufgabe wurden die beiden Grafiker:innen Sereina Rothenberger und David Schatz beauftragt. Ihr Ziel: Form und Inhalt enger zusammenzubringen und die politische

Haltung der AL sicht- und spürbar zu machen.

Das Ergebnis ist ein frischer, unverwechselbarer Auftritt, der auf den Punkt bringt, wofür die AL steht - radikal sozial. Darüber hinaus haben die beiden Gestalter:innen – Inhaber:innen des Designstudios Hammer – eine Identifikationsfigur entwickelt, die den Geist der AL auf charmante und zugängliche Weise verkörpert.

Der neue Look lädt zum Entdecken ein – am besten gleich beim Durchblättern des aktuellen Wahlprogramms.

Amina Arn, Redaktionsmitglied



Aktivistin – bald Gemeinderätin?

Isabel Maiorano kandidiert auf einem Spitzenplatz im Wahlkreis 4+5. Im Interview erzählt sie von Jugendhaus, Sans-Papiers-Kafi und feministischem Streik – und warum Aktivismus und Parlament zusammengehören.

Du warst lange Zeit im Vorstand, hast die VV's geleitet und warst auch ein wenig die informelle Präsidentin der AL – viel Arbeit im Hintergrund. Was reizt dich jetzt, auf einem Spitzenplatz für den Gemeinderat zu kandidieren?

Das Parlament ist ein wichtiges politisches Instrument, das wir nutzen können, um unsere Politik umzusetzen. Ich bin eine grosse Verfechterin der Bewegung, darin bin ich politisiert worden – so wie viele in der AL. Sie ist der Motor für mein Engagement. Aktivismus und Parlamentarismus können sich jedoch gut ergänzen. Und nach zehn Jahren Vorstandsarbeit weiss ich: Auf kommunaler Ebene ist die AL stark. Ich würde gerne zusammen mit der AL-Fraktion im Gemeinderat die Stadt Zürich mitgestalten.

Bist du in Zürich aufgewachsen?

Nein, im Zürcher Unterland. Nach der Kanti in Bülach bin ich mit zwanzig nach Zürich gezogen.

Was hat dich politisiert?

Das autonome Jugendhaus in Bachenbülach. Dort war ich während meiner Kanti-Zeit viel unterwegs und bin eher zufällig in die «Polit-Gruppe» reingerutscht. Wir haben Konzerte und Demos organisiert, Hausbesetzer:innen unterstützt und für Geflüchtete Zmorge gemacht. Auch in Zürich waren wir an Demos dabei. Es war die Zeit der Wohlgröth-Räumung – repressiv, viel Tränengas. Nach meinem Umzug nach Zürich habe ich mich in der Sans-Papiers-Bewegung engagiert – und das Grossmünster besetzt! Gleichzeitig eröffneten wir in einem Keller ein Kafi für Sans-Papiers, verteilten auf der Strasse Samichlaus-Säckli mit «Anti-Rassinol»-Tabletten oder stürmten bei einer Aufführung von Christoph Schlingensiefel im Schauspielhaus die Bühne und führten unser eigenes Theater auf. So Sachen halt (lacht).

Und wie bist du zur AL gekommen?

Meine damalige Mitbewohnerin und Freundin Anja Peter war in der AL (später die erste AL-Gemeinderätin in Winterthur und Parteisekretärin, Anm. d. Redaktion). Sie nahm mich an eine VV im alten Volkshaus mit. Dass ich auch als Nicht-Parteimitglied einfach mitmachen konnte, fand ich toll. Wir haben Julia (Junge Alternative Linke) gegründet. Das



Isa Maiorano will den zweiten Sitz im Kreis 4+5 zurückerobern

war sehr aktivistisch, wirklich eine tolle Zeit. Ist inzwischen aber auch schon über zwanzig Jahre her.

Aber aktivistisch bist du ja nach wie vor unterwegs...

Ja, ich engagiere mich unter anderem im feministischen Streikkollektiv. Auch da bin ich über die AL reingerutscht: Die AL-Frauen wurden zur ersten Vorbereitungssitzung des Frauenstreiks (heute «Feministischer Streik») eingeladen. Ich hatte mich bis dahin nicht oft in FLINTA*-Räumen bewegt, aber es interessierte mich, also bin ich hingegangen – und traf dort viele alte Weggefährter:innen. Schon auf dem Heimweg wusste ich: Das wird gut. Seither bin ich dabei.

Und das würdest du auch als Parlamentarierin weitermachen?

Auf jeden Fall. Für mich ist aber klar, dass ich im Streikkollektiv als Privatperson aktiv bleibe.

Wo möchtest du im Gemeinderat anpacken, falls es uns gelingt, den zweiten Sitz im Wahlkreis 4+5 zurückzuerobern?

Als Sozialarbeiterin ist für mich Teilhabe zentral. Ich will mich dafür einsetzen, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können. Das ist in Zürich immer weniger der Fall – sei es beim Wohnen, bei der Bildung oder der Gesundheit. Das sind existentielle Themen. Aufgrund meiner Ausbildung und Berufserfahrung sind sicherlich Bildung und Wohnen Bereiche, wo ich mir erhoffe, etwas bewegen zu können. Und natürlich werde ich unabhängig von spezifischen Politikfeldern versuchen, stets meine feministische Perspektive in die Debatten einzubringen.

Interview: Christian Caspar, Redaktionsmitglied

AL-Kulturtipps:



Judith Stofer empfiehlt «Erinnerungen» von Francesca Carbone, Europa, 979-12-5703-064-3.

Wer schon länger in der AL politisiert, erinnert sich sicher an Francesca Carbone. Zusammen mit Manuela Schiller war sie jahrelang das vitale Herz in der AL (Manuela ist es noch heute). Sie waren für unglaublich köstliche und festliche Benefiz-Essen vor den Regierungs-, Kantons-, Gemeinde- und Stadtratswahlkämpfen zuständig, organisierten unzählige politische Anlässe und förderten den AL-Nachwuchs. Nun hat Francesca, die vor neun Jahren nach Cagliari ausgewandert ist, ihre Lebenserinnerungen aufgeschrieben. Das Buch liest sich fast wie ein Krimi und beschreibt anschaulich ihr Engagement in der Aktion Strafvollzug (ASTRA), ihre eigenen Gefängnisaufenthalte in der Schweiz und Italien, ihre politische Verankerung in der PdA und der AL, ihr Leben als eigenständige berufstätige Frau und alleinerziehende Mutter. Francesca hat sich als Abenteurerin ins Leben geworfen und sie weiss um die Wichtigkeit von guten Freundschaften und solidarischer Gemeinschaft.



Susan Wiget empfiehlt Kegelkonzerte in Schwammendingen.

Wenn es wieder Herbst wird, leuchtet im Nebel am Waldrand in Schwammendingen mittwochs Mitte Monat wieder die Kegelbahn-Leuchtschrift vor dem Eingang – gleich neben der Ziegelhütte. Draussen brennt ein Feuer, drinnen wärmt schummrig angenehmes Licht: Im Raum sind die alten Kegelbahnen und eine kleine Bühne mittendrin. Die Jukebox und die Discokugel und die freundliche Begrüssung von Frank, welcher die Konzerte zusammen mit Andrea, der an der Bar steht, organisiert, runden die Szenerie ab. Der Ort könnte irgendwo in Brooklyn sein. Wenn mir die Menschen nicht so vertrauenswürdig vorkämen, könnte ich mich auch in einer Twin Peaks-Folge befinden. Das Konzept: Kleine, aber feine Konzerte, vorher oder nachher Kegeln und Musik aus der Jukebox oder der hauseigenen Plattensammlung. wirtschaft-ziegelhueette.ch/aktuell

AL Vorstösse zur Gesundheitspolitik

Gemeinderat

2022-2025: Schriftliche Anfragen und Interpellationen u.a. zu Spitex, Weiterbildung Fachpersonal, Übergriffe gegenüber Pflegefachkräften, Umsetzung Programm Pflege. Überwiesene Motionen und Postulate u.a. zu somatopsychiatrischer Dual Station, Pilotprojekten für niederschwellige Beratungsangebote («Freundschaftsbänkli» und «Gesundheitskioske») und für die 35-Stunden-Woche bei Schichtarbeit, Rente 60 bei körperlich anstrengenden Berufen.

23. November 2022: Gestützt auf AL-Motion bewilligt Gemeinderat 4-jährigen Pilotversuch für interkulturellen Übersetzungsdienst in städtischen Gesundheitsinstitutionen.

27. März 2024: Erfolgreicher AL-Einsatz für service public: Gemeinderat lehnt Erarbeitung einer Ausgliederungs-Vorlage für Stadtspital ab.

28. August 2024: Gestützt auf AL-Motion bewilligt der Gemeinderat 2.5 Mio Franken für ein Pilotprojekt für medizinisch indizierte soziale Verschreibungen (social prescribing).

26. Februar 2025: AL-Motion zur Anstellung von betreuenden Angehörigen durch gemeinnützige Organisationen überwiesen.

27. August 2025: Stadtrat beantragt dauerhafte Weiterführung des durch AL-Motion angestossenen Pilotprojekts für medizinische Grundversorgung von Sans-Papiers.

Kantonsrat

9. Januar 2023: Dringliche Anfrage von Nicole Wyss zu Problemen, Zugänglichkeit und Benutzerfreundlichkeit bei der Prämienverbilligung.

19. Januar 2025: Langjähriges AL-Anliegen findet Mehrheit: Kantonsrat stimmt für Erhöhung des Kantonsanteils der Prämienverbilligung auf 100% (Abstimmung 30.11.).

7. April 2025: Umsetzung der Motion von Nicole Wyss zur Aufsicht des Kantonsrats über Organisation des Notfalldienstes.

18. August 2025: Motion von Grünen, AL und SP zur Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Krankenkasse durch den Kanton mit 116 zu 54 Stimmen abgeschmettert.

8. September 2025: Vier Parlamentarische Initiativen von Kantonsrätin Gianna Berger für einen vollen Teuerungsausgleich für das Pflegepersonal der kantonalen Spitäler werden vorläufig unterstützt.

Alternative Gesundheitspolitik

Gesundheit ist Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre Lebensziele selbstbestimmt verfolgen können. Sie hängt nicht nur von individueller Verantwortung ab, sondern wird stark durch gesellschaftliche Prozesse und politische Entscheide geprägt. Es ist eine Aufgabe des Staates, die Versorgung infrastrukturell, personell und finanziell sicherzustellen sowie Qualitätsstandards und faire Arbeitsbedingungen festzulegen.

Als AL können wir zwar auf nationaler Ebene noch nicht an den grossen Schrauben – Gesetzgebung und Finanzierung – drehen. Wir arbeiten jedoch kontinuierlich daran, kommunal und kantonale substanzielle Verbesserungen für eine starke öffentliche Grundversorgung zu erreichen. In der laufenden Legislatur hat die AL-Fraktion im Gemeinderat zahlreiche gesundheitspolitische Vorstösse als Erst- oder Mitunterzeichnerin eingereicht. Zu unseren wichtigsten Erfolgen zählen die Verstetigung der Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers und der Erhalt des Stadtspitals Zürich als städtische Dienstabteilung. Wir haben uns konsequent den wiederholten Versuchen von GLP-Stadtrat Hauri widersetzt, das Stadtspital auszulagern und so der direkten öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Unsere Prinzipien spiegeln sich in den Vorstössen: Wir kämpfen für eine ausreichende Gesundheitsversorgung – körperlich, psychisch und sozial.

Wir akzeptieren weder ausbeuterische Arbeitsbedingungen noch Machtspiele und Sparübungen auf dem Buckel von Betroffenen. Profitinteressen haben in der Gesundheitsversorgung keinen Platz. Gesundheit ist ein individuelles und zugleich gesellschaftliches Gut. Niemand darf ausgegrenzt werden. In den nächsten Jahren setzen wir folgende Schwerpunkte:

Gesundheit und Soziales zusammendenken

Armut und Ausgrenzung machen krank. Deren Bekämpfung ist ein zentraler Pfeiler der Gesundheitsförderung. In der gesundheitlichen Versorgungskette gilt es, enger und interdisziplinärer zusammenzuarbeiten und auch soziale Angebotsstrukturen einzubeziehen. Gesundheitsförderung beginnt nicht erst im Spital, sondern im Alltag: in Quartierzentren, Beratungsstellen und Begegnungsorten. In diesem Kontext ist auch die departementale Trennung von Ge-

sundheit und Sozialem im Stadtrat kritisch zu hinterfragen.

Gesundheit und Bildung

Bildung ist ein wichtiger Faktor in der Vorbeugung von Armut. Wir sehen auch Prävention und Gesundheitsförderung als wesentlichen Bestandteil des schulischen Bildungsplanes, insbesondere im Bereich der schulpsychologischen Arbeit.

Zugang zur Versorgung sichern

Chancengleichheit und Unterstützung benachteiligter Gruppen stehen im Zentrum unseres Handelns. Sprachliche oder finanzielle Hürden oder ein nicht regulierter Aufenthaltsstatus dürfen nicht über den Zugang zur Gesundheitsversorgung entscheiden. Das Spektrum marginalisierter Gruppen verändert sich. Aktuell beschäftigen uns unter anderem Armutsbetroffene, Sucht- und Langzeitkranke, Jugendliche mit psychischen Problemen. Es gilt immer wieder von Neuem, die kostenlose Versorgung spezifischer Leistungen sicherzustellen, die Niederschwelligkeit von Gesundheitsangeboten zu prüfen und für gerechte Verteilungsmechanismen etwa bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) zu sorgen.

Arbeitsbedingungen verbessern

Wir alle sind irgendwann auf irgendeine Art von Begleitung und Pflege angewiesen. Damit auch in 20 Jahren genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen, müssen wir die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Betreuungswesen schon heute verbessern. Die AL kämpft für Teuerungsausgleich, faire Löhne für Assistenzpersonal in Pflege und Betreuung, Anstellungsmöglichkeiten für Personen ohne regulären Status, bessere Bedingungen für pflegende Angehörige und ausreichende Ressourcen für den ärztlichen Nachwuchs.

Wir bleiben dran: etwa bei dem vom Stadtrat verschleppten Pilotprojekt zur 35-Stunden-Woche für Städtische im Schichtbetrieb oder bei der Umsetzung von Tranche 2 der Pflegeinitiative. Unser Anspruch ist klar: eine starke, gerechte und solidarische Gesundheitsversorgung für alle.

**Tanja Maag,
Gemeinderätin und
Stadtratskandidatin AL**

IPV-System in der Krise

Die unsozialen Kopfprämien der Krankenkasse belasten viele mehr als die Steuern. Für die AL ist die Antwort klar: Wir brauchen eine Einheitskasse mit einkommensabhängigen Prämien wie die SUVA – angesichts der Krankenkassen-Lobby allerdings ein schwer erreichbares Ziel. Im politischen Alltag führt die AL deshalb einen hartnäckigen Kampf für eine ausreichende individuelle Prämienverbilligung (IPV).

Erfolge der AL

Die AL hat das Zürcher IPV-System massgeblich mitgeprägt. Mit einer erfolgreichen Initiative setzten wir 2001 eine Aufstockung der Kantonsbeiträge und die Übernahme der Kinderprämien durch und verankerten den Grundsatz, dass mindestens 30 Prozent der Bevölkerung Verbilligungsbeiträge erhalten. 2019 konnte die AL mit einem Gutachten die drohende Zweckentfremdung von Verbilligungsgeldern des Bundes für Prämienübernahmen des Kantons bei Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen verhindern.

Neues System führt zu Chaos

Das 2021 eingeführte neue System stellt auf die prozentuale Einkommensbelastung durch die Prämien ab und versprach auf dem Papier eine höhere «Bedarfsgerechtigkeit» als das bisherige Stufenmodell mit drei Pauschalen. In der Umsetzung führte es jedoch zu Destabilisierung und Chaos pur. 2021 retournierten bloss 73%, 2022 dann nur noch 68% der angeschriebenen Haushalte ihr Antrags-

formular. Die massgebende Messgrösse, den sogenannten «Eigenanteil», musste der Regierungsrat regelmässig nach unten korrigieren, um nicht bezogene Gelder der Vorjahre auszuschütten. Die Zahl der IPV-Beziehenden schwankte wild zwischen 25% (2022) und 34% (2024).

Praxisferner Ansatz

Der Haupt-Konstruktionsfehler: Für die Bezugsberechtigung stellt Zürich neu als einziger Kanton auf die definitiven Steuerdaten des Bezugsjahrs ab. Da diese erst ein, meistens zwei oder mehr Jahre danach vorliegen, bleiben die Betroffenen jahrelang im Ungewissen, ob sie die bereits erhaltene Verbilligung ganz oder teilweise zurückzahlen müssen. 2021 waren ein Drittel, 2022 immer noch ein Viertel mit Rückforderungen konfrontiert.

AL schlägt Alarm – Rickli klemmt

Anfang 2023 schlug die AL mit einer dringenden Anfrage Alarm. Doch ein Anfang 2025 von der Gesundheitsdirektion vorgelegter Bericht steht klar unterm Motto «Weiter so». Alle Vorschläge zur Vereinfachung des beigezogenen Experten Professor Gächter wurden verworfen. Gesundheitsdirektorin Rickli hält am Fetisch der präzisen «Bedarfsgerechtigkeit» fest. An der Anbindung der Bezugsberechtigung an die Steuerdaten des Bezugsjahrs soll nicht gerüttelt werden. Dieser Ansatz ist total unüblich und praxisfern und muss korrigiert werden.

Sozialleistungen müssen für die Betroffenen verlässlich und berechenbar sein. Bei Kita-Subventionen oder beim sozialen Wohnungsbau etwa wird auf die letzten bekannten Steuerdaten abgestellt; allenfalls muss beim Antrag eine Erklärung unterschrieben werden, dass das Einkommen nicht erheblich gestiegen ist. All diese Fragen stehen 2026 zur Diskussion, weil sowieso eine IPV-Revision ansteht: die Anpassung an die neuen Vorgaben des Bundes, die als Gegenvorschlag zur eidgenössischen Prämien-Entlastungs-Initiative beschlossen wurden. Klar ist, dass der Kanton deutlich mehr Geld in die Hand nehmen muss.

30. November: 1x Ja, 1x Nein

Mehr kantonale Mittel für die Prämienverbilligung – nämlich gleich viel der Bund – verlangt auch die kantonale Vorlage, über die wir am 30. November abstimmen. Die AL empfiehlt dazu ein Ja. Gleichzeitig kommt in der Stadt die «Prämienentlastungs-Initiative» der SP zur Abstimmung, die Haushalte bis in den Mittelstand zusätzlich entlasten will. Einen mit der AL erarbeiteten Gegenvorschlag mit klarem Fokus auf working poor hat die SP in letzter Minute leider fallengelassen. Eine Giesskannen-Subvention lehnt die AL ab und hat deshalb die Nein-Parole beschlossen.

Nicole Wyss, Kantonsrätin



Geht es nach dem Stadtrat, wird Zürich die Kosten für die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenkasse (vor allem Sans-Papiers) übernehmen. Die Chancen sind intakt, dass der rotgrüne Gemeinderat zustimmt, worauf der bisherige Pilotversuch ab 2026 definitiv sein wird. Angestossen wurde der Pilotversuch durch eine AL-Motion 2017 (Bild: David Winizki)

Feuertaufe bestanden



In der letzten Kolonne erwähnte ich die parteiübergreifende Gruppe von Alt- und Neudübendorfer:innen, die eine Initiative lanciert hatte, welche

die Wiedereinführung von Fussgängerstreifen unter Beibehaltung der Tempo-30-Zone im Zentrum von Dübendorf verlangt. Für das Zustandekommen sind 300 gültige Unterschriften nötig, um auf Nummer sicher zu gehen, braucht es 400. Das Unterschriftensammeln begann nach den Sommerferien.

Mitglieder unseres Grüppchens trafen sich an drei Samstagen in der Nähe des Stadthauses. Mir war ein bisschen mulmig zumute: Wie würde es sein, ausserhalb der Stadt Zürich Unterschriften zu sammeln? Schwieriger als auf dem Röschibachplatz in Wipkingen? Meine Bedenken stellten sich als völlig haltlos heraus. Die Unterschriften fanden ihren Weg auf die Bögen mit nicht mehr Aufwand als in der Stadt. Manchmal musste ich Überzeugungsarbeit leisten, manchmal nicht, nur wenige liefen uninteressiert weiter, einige andere liessen sich versichern, dass mit der Wiedereinführung der Fussgängerstreifen die Tempo-30-Zonen nicht aufgehoben würden.

Was mir auffiel: Im Unterschied zur Stadt Zürich waren mehr ältere Frauen allein, zu zweit oder zu dritt unterwegs – mit und ohne Rollator. Sie liessen sich auf Gespräche ein, waren interessiert und kritisch, bevor sie unterschrieben. Mir schien auch, dass sie sich viel einfacher ansprechen liessen als in der Stadt. Vielleicht täusche ich mich ja, aber sie machten einen selbstsichereren und zufriedeneren Eindruck auf mich als die Städterinnen.

Fazit: Meine Feuertaufe ist gelungen. Es warten weitere Unterschriftensammlungen auf mich. Im nächsten Jahr wird die Bau- und Zonenordnung in Dübendorf revidiert. Mehr bezahlbare Wohnungen bei Auf- und Umzonungen, mehr schatten spendende Bäume und Grünräume statt Parkplätze, sichere Velowege und einiges mehr. Die Themen gehen uns auch in Dübendorf nicht aus.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

Wahlen in Winterthur 2026

Die Alternative Linke Winterthur ist bereit für die Gesamterneuerungswahlen am 8. März 2026! An unserer Vollversammlung haben wir wichtige Weichen gestellt: Viviane Marchand tritt erneut für die Schulpflege an, und wir präsentieren 31 motivierte Kandidierende für das Stadtparlament.

Viviane Marchand: Kontinuität in der Schulpflege

Unter dem Motto «Stabilität. Zusammenhalt. Zukunft.» kandidiert Viviane erneut für die Schulpflege. Sie betont, dass die Volksschule mehr als nur ein Lernort ist, denn sie spiegelt unsere gesamte Gesellschaft wider. Die Herausforderungen sind komplex: Schulraum-mangel, steigende Sonderschulkosten und die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen. Viviane macht klar: Jedes Kind in Winterthur ist willkommen, unabhängig von Herkunft oder individuellen Bedürfnissen. Sie positioniert sich entschieden gegen die spalterische Förderklasseninitiative und kämpft für eine integrative Schule. «Ausschluss ist keine Lösung – weder in der Schule noch in der Gesellschaft», so ihre klare Haltung. Nach Jahren der Reorganisation braucht die Schule Winterthur nun Stabilität und eine starke Stimme für Integration. Nur wenn wir der Schule ermöglichen, sich zu einem zeitgemässen Ort zu entwickeln, können alle Kinder in ihrem eigenen Tempo zu Menschen heranreifen, die ihr Leben selbstbestimmt und solidarisch gestalten. Eine solche Schule kostet. Und sie darf uns etwas kosten. Denn sie ist die Investition in eine faire, vielfältige und lebenswerte Zukunft für alle.

Starke Liste fürs Stadtparlament

Unsere Parlamentsliste wird von den bewährten Kräften Roman Hugentobler (Platz 1) und Miguel Pedro Bachmann (Platz 3) angeführt, ergänzt durch Rona Jung (Platz 2) und Mia Speck (Platz 4). Bis zur definitiven Einreichung der Liste Ende Dezember arbeiten wir daran, alle 60 Listenplätze zu besetzen.

Die Motivationen unserer Spitzenkandidierenden zeigen die Bandbreite unserer Bewegung: Mia tritt an, «weil ich mich für ein Winterthur einsetzen will, das allen

die gleichen Chancen bietet, unabhängig von Herkunft, Identität oder Lebensumständen.» Miguel betont seine Motivation für eine weitere Kandidatur: «Mein Weg mit der AL geht weiter. Mit ihr kämpfe ich für eine Stadt, die sozial gerechter wird. Denn wir dürfen die Politik nicht jenen überlassen, die nur die Interessen der Stärkeren vertreten.» – «Ich kandidiere, weil ich mein ausserparlamentarisches Engagement nun auch im Parlament einbringen möchte.», erklärt Rona ihre Motivation für ihre Kandidatur. «Mit der Gründung der Partei in der vergangenen Legislatur haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, um weiter zu wachsen und mehr politisches Gewicht zu erlangen», sagt Roman Hugentobler, «unsere neu gewonnene Kraft konnten wir bereits mit dem Referendum zum Campingplatz Schützenweiher eindrücklich beweisen. Nun wollen wir auch im Parlament neue Pflöcke einschlagen und eine laute Stimme für radikale Veränderungen sein.»

Für ein solidarisches Winterthur

Die 31 Kandidierenden setzen sich für ein solidarisches Winterthur ein, das niemanden zurücklässt. Im Fokus des Wahlkampfes stehen bezahlbarer Wohnraum, eine konsequente Klimapolitik mit velo- und fussgängerzentrierter Infrastruktur sowie wirksame Hitzeschutzmassnahmen, um den Auswirkungen der Klimakrise entgegenzuwirken. Die AL kämpft für Bildung als Grundrecht mit Tagesschulen, die echte Vereinbarkeit von Familie und Arbeit ermöglichen, für lebendige Quartiere mit nicht-kommerziellen Räumen für Subkultur und gegen Gentrifizierung. Sie fordert faire Arbeitsbedingungen ohne Ausbeutung, setzt sich für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer:innen ein und verteidigt Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit. Mit ihrer Liste will die Alternative Linke im Stadtparlament weiter für eine sozialistische Gesellschaft und damit für die Überwindung des Kapitalismus kämpfen. Packen wir es gemeinsam an!

**Roman Hugentobler,
AL Winterthur**



Frühfranzösisch: mais oui!



Wir haben in der Fraktion lange, intensiv und kontrovers über die Abschaffung des Frühfranzösisch diskutiert. Im Zentrum stand dabei die Frage nach der Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

Was bedeutet es für Kinder, wenn wir Französisch erst auf der Sekundarstufe einführen würden? Studien zeigen: Gerade die schwächeren Schülerinnen und Schüler profitieren davon, wenn sich das Lernen über eine längere Zeit verteilt. Sie brauchen Wiederholung, Kontinuität und kleine Lernschritte. Eine Verschiebung auf die Sekundarstufe würde zu einer Verdichtung und Intensivierung führen – und damit genau jene Kinder benachteiligen, die es ohnehin am schwersten haben. Das können und wollen wir nicht verantworten.

Und was ist mit Kindern, die nicht mit Deutsch als Erstsprache aufwachsen? Auch hier ist das Bild differenzierter, als es manche Darstellung nahelegt. Mehrsprachigkeit ist nicht per se ein Nachteil

– im Gegenteil. Mehrsprachige Kinder bringen oft wertvolle Sprachlernerfahrungen und Strategien mit. Sie sind motiviert, mutig und haben ein geschärftes Sprachbewusstsein, das ihnen beim Lernen von weiteren Sprachen helfen kann. Es wäre kontraproduktiv, wenn wir ihnen durch eine Verschiebung diese Chance nehmen würden.

Natürlich heisst das nicht, dass alles gut ist, wie es ist. Die Lehrmittel müssen verbessert werden. Die Sprache muss lustvoller vermittelt werden. Und wir brauchen mehr Austauschprogramme zwischen den Sprachregionen. Hier gibt es Handlungsbedarf. Aber deshalb sollte das Frühfranzösisch nicht abgeschafft, sondern verbessert werden.

Die Umsetzung dieser Motion wäre nur möglich mit einem Austritt aus dem HarmoS-Konkordat. Ein Alleingang Zürichs würde die nationale Harmonisierung untergraben, die Mobilität der Schülerinnen und Schüler erschweren und am Ende die gesamte Sprachenstrategie infrage stellen. Auch das spricht klar gegen die Abschaffung.

Lisa Letnansky,
AL-Kantonsrätin

Harte rote und blaue Bretter



Von Max Weber stammt der Satz, dass die Politik «ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich» bedeute. Dieser mehr als

hundert Jahre alte Satz bewahrheitete sich erneut, als der Gemeinderat Ende August beschloss, die Verordnung der Tagesschule so anzupassen, dass zukünftig der Unterricht in der Sekundarschule um 08:00 beginnt. Damit ging ein über sechsjähriges parlamentarisches Tauziehen mit dem FDP-Schulvorsteher für die AL-Fraktion erfolgreich zu Ende.

Bereits vor sechs Jahren hatten Patrik Maillard und ich einen Pilotversuch im Gemeinderat gefordert, welcher die Späterlegung der 1. Schulstunde in mehreren Schulhäusern hätte evaluieren sollen. Obwohl der Vorstoss mit breiter Unterstützung im Parlament überwiesen wurde, legte der blaue Stadtrat die Hände

in den Schoss und unternahm nichts, um das Vorhaben umzusetzen. Der rote Schulpräsidienchor folgte ihm in seiner demonstrativen Untätigkeit. Er konnte sich für die Idee nur so lange erwärmen, als sie nicht im eigenen Kreis umgesetzt werden musste.

Auf das AL-Postulat folgten eine Einzelinitiative und ein Jugendvorstoss. Auch ihnen wurde kein besseres Schicksal zuteil. Alle Ideen scheiterten an den blauen und roten Brettern des Schulamts. Deshalb mussten wir zusammen mit der Grünen- und SP-Fraktion letztlich zum schärfsten parlamentarischen Instrument greifen und die Änderung der Schulbeginnzeit direkt in der Verordnung festschreiben. Damit nun bekommen alle Schulkreise definitiv vier Jahre Zeit, um ihre Stundenpläne anzupassen. Sehr zum Ärger des Stadtrats und der Schulbehörde, aber zur Freude aller Jugendlichen, die dank dem Einsatz der AL nun in einer gesunden Umgebung aufwachsen werden können.

David Garcia Nuñez,
AL-Gemeinderat

Unbequem & links

20. August: Motion von Sophie Blaser und Moritz Bögli für acht Ferienwochen für Lernende der Stadt Zürich.

1. September: Gemeinsam mit Grünen und SP fordert die AL mit dringlichem Postulat vom Regierungsrat Transparenz über die Spenden des Flughafens Zürich an Parteien und Verbände.

3. September: Gemeinderat überweist von der AL initiierte Behördeninitiative für eine Verdoppelung der kantonalen Wohnbauförderungs-Darlehen auf 360 Millionen Franken. AL-Motion für politische Kundgebungen auf dem Sechseläutenplatz wird mit Stichentscheid abgelehnt.

8. September: Vier Parlamentarische Initiativen von Kantonsrätin Gianna Berger für einen vollen Teuerungsausgleich für das Pflegepersonal der kantonalen Spitäler werden vorläufig unterstützt.

10. September: Gemeinderat überweist AL-Postulat für eine städtische Liegenschaft für das «Kafi Klick» sowie – im Nachgang zum Streit über die Entsorgungscoupons – eine Motion von Christian Häberli zum Betrieb der Recyclinghöfe.

15. September: Kantonsrat nimmt die von der AL mitinitiierten Bestimmungen für eine Stellvertretung von Ratsmitgliedern bei längerer Abwesenheit infolge Mutterschaft, Krankheit oder Unfall an.

17. September: Gemeinderat verabschiedet die massgeblich von der AL mitgestaltete Umsetzungsverordnung zu § 49b PBG, die regelt, wer in den preisgünstigen Wohnungen leben darf, die Private bei Aufzonungen bauen müssen. Parlamentarische Initiative von AL, SP und Grünen für den 8-Uhr-Schulbeginn auf Sekundarstufe wird angenommen.

29. September: Zusammen mit weiteren Kantonsrät:innen verlangt Lisa Letnansky mit einem Postulat eine effektive Opferhilfe bei digitaler Gewalt.

13. Oktober: AL reicht Einwendung gegen die als Gegenvorschlag zur AL-Initiative «Hier leben, hier wohnen, hier bleiben» geplante Richtplan-Revision mit 830 Unterstützungs-Unterschriften ein.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Ein Lächeln



Kannst du mit deinem Lächeln die Welt verändern? Wahrscheinlich wäre ein unverhohlenes «Ja» etwas vermessen. (Ausser du bist Mona Lisa, wobei ich sogar deren

Wirkung aus globaler Perspektive in Frage stelle.) Und angesichts der aktuellen Krisen in der Welt ziehen die Mundwinkel doch unweigerlich nur noch in eine Richtung, nämlich so ziemlich «de Bach durab» – so wie gerade alles. Feeds voll Schrecken, Leserkommentare direkt aus der Hölle. Da muss man ja denken, die Welt sei – zumindest ausserhalb der eigenen Bubble – primär bös, einem schlecht gesinnt und im besten (und gleichzeitig schlimmsten Fall) dem Untergang der Welt gegenüber gleichgültig. Wieso also lächeln?

Weil ein solcher Blick auf die Welt verzerrt ist: evolutionär betrachtet ist es wichtig, eine hohe Achtsamkeit vor Bedrohungen zu haben (oh, ein Säbelzahn tiger!) und diese News mit unseren Nächsten zu teilen (Mami, renn!). Dieser «Negativity Bias» wird algorithmisch verstärkt, weil die Klicks und Einschaltquoten Relevanz suggerieren. Hinzu kommt die pluralistische Ignoranz: wenn jede:r denkt, mit der eigenen (vielleicht sogar vernünftigen) Haltung allein zu sein, traut man sich nicht, sie zu zeigen und überlässt den Lautesten die Bühne, obwohl diese nicht unbedingt die Mehrheit repräsentieren. Negativity Bias und Pluralistische Ignoranz verstärken so die Polarisierung.

Ich behaupte: Ein Lächeln (das aufrichtige Lächeln, nicht das nervöse beim Lesen der Kommentarspalten) hat durchaus eine grosse Wirkmacht. Zwar vermag es im Einzelnen nicht, die grossen Krisen zu lösen, aber es lädt zu einer Begegnung ein, die einem zeigen kann, dass doch nicht alle bös, schlecht gesinnt oder gleichgültig sind. Jemandem ein Lächeln zu schenken signalisiert Offenheit und Sympathie. Ein Lächeln sagt: «Ich sehe dich und ich bin dir freundlich gesinnt.» Vielleicht ist es die schlichteste Form, Menschlichkeit zu zeigen – und so ein kleines bisschen die Welt zu verändern. :)

Evelyne Zürcher,
AL-Gemeinderatskandidatin

Superreiche besteuern – Klima retten!

Die Initiative für eine Zukunft fordert eine Erbschaftssteuer für den ökosozialen Umbau unserer Wirtschaft. Es wird Zeit, die grössten Profiteure für den Schutz unserer Zukunft zur Kasse zu bitten! Im November kommt die Initiative an die Urne.

Die Klimakrise mit ihren verheerenden Folgen für die Menschen ist längst da. Klimabedingte Hitzewellen, Bergstürze und Überschwemmungen gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Gleichzeitig macht die Schweizer Politik nur kleine, unambitionierte Schritte im Klimaschutz – wenn nicht Albert Rösti sogar den Rückwärtsgang einlegt.

Die Initiative für eine Zukunft ist die Antwort auf dieses ewige «Klein-Klein» der Klimapolitik. Genug von den moralischen Appellen an das Individuum und vom endlosen Gerede über Innovation. Die Klimapolitik muss beim System ansetzen und bei den grössten Profiteur:innen der Zerstörung: den Superreichen!

Nicht die breite Bevölkerung soll für die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz bezahlen müssen, sondern diejenigen, die in den Jahrzehnten der Klimazerstörung am meisten profitiert haben. Die Initiative fordert deshalb eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50% auf alle Vermögen über 50 Millionen. Mit den jährlichen Einnahmen von rund 6 Milliarden Franken schaffen wir die nötigen Ressourcen für den ökosozialen Umbau der Gesamtwirtschaft: für gemeinnütziges und klimafreundliches Wohnen, die Aufwertung klimafreundlicher Care-Berufe, einen bezahlbaren ÖV und die Energiewende.

Dass die ungefähr 2000 Reichsten zur Kasse gebeten werden müssen, liegt auf der Hand: In der Schweiz verursacht ein Superreicher in wenigen Stunden mehr CO₂ als eine Durchschnittsperson in ihrem ganzen Leben. Während die Pro-Kopf-Emissionen in den unteren und mittleren Einkommensklassen in den letzten 30 Jahren stetig gesunken sind, sind sie bei den Reichsten um 30% gestiegen. Gleichzeitig wächst die Ungleichheit: Seit 2000 haben alleine die 300 Reichsten ihr Vermögen auf über 800 Milliarden verdoppelt. Mit der Initiative für eine Zukunft fliessen diese fossilen Profite des Erb-Adels endlich wieder zurück an die Öffentlichkeit.

Doch alle Parteien von GLP bis SVP werfen sich für die Reichsten in die Schlacht. Mit Drohungen über angeblich gefährdete Familienunternehmen und angekündigte Wegzüge von reichen Patrons versuchen sie vor dem Stimmvolk, die Privilegien der Milliardär:innen zu schützen. Es ist eine verlogene Kampagne. Erneut nehmen uns die Reichsten in Geiselhaft, statt für einmal die Demokratie zu respektieren. Die Initiative beinhaltet hingegen die nötigen Werkzeuge, um aus dieser Geiselhaft auszubrechen. Es ist eine Frage des politischen Willens, diese Werkzeuge auch zu nutzen.

Für diesen politischen Willen braucht es den Druck der Bevölkerung – und am 30. November ein überzeugtes Ja zur Initiative für eine Zukunft an der Urne: Tax the Rich, Save the Climate!

**Nicola Siegrist,
Kantonsrat SP, Mitinitiant
Initiative für eine Zukunft**



AL Aktivist:innen laufen am 21. September insgesamt 243 Runden gegen den Rassismus.